

PROTOKOLL

Datum:	16.06.2020
Beginn:	19:00 Uhr
Ende:	19:50 Uhr
Ort:	Gemeindesaal, Eichhornstr. 4 – 5
Anwesende:	Jürgen Ostländer, Heiko Flieger, Anja Kolbatz-Thiel, Annett Wolf, Dr. Claus Weßlau, Joachim Weidling, Andreas Scholz, Manfred Schulze, Renate Schmidt
Gäste:	Herr Ludwig - Kämmerer Frau Luckau - Protokollführerin

Herr Ostländer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt die Beschlussfähigkeit fest. Herr Sperling ist entschuldigt und Herr Weidling kommt etwas später. Die Protokolle vom 27.01., 27.02. und 16.03.2020 werden bestätigt.

TOP 1 – Informationen der Verwaltung

- *Kurzer Sachstand zur CORONA Hilfe*

Herr Ludwig berichtet, dass mit Ablauf der Frist zum 31.05.2020 Anträge mit einem Wert von insgesamt rund 17.000 € eingegangen sind. Sobald eine Verzichtserklärung zur Einlegung von Rechtsmitteln (Widerspruch) der betreffenden Unternehmen vorliegt, wird das Geld ausgezahlt.

Darüber hinaus haben 9 Unternehmer den Erlass der Mietforderung für die kommunalen Gebäude beantragt. Das betrifft das Bahnhofsgebäude und die Nutzung der Landkostarena. Die Mietverträge mit den kommerziellen Nutzern lassen das rechtlich nicht zu, dass wir darauf freiwillig verzichten wollen. Wenn von der Gemeindevertretung in der nächsten GV kein Beschluss dazu herbeigeführt wird, wird Herr Ludwig rechtskonform die Anträge ablehnen und höchstens eine Stundung anbieten.

Herr Ostländer ist dafür, es dabei zu belassen die Miete wie beschlossen nur für die Vereine zu erlassen.

TOP 2 – Bahnhof Bestensee

Herr Ostländer erinnert an eine Präsentation von Herrn Ludwig in der deutlich wurde, dass sich die Einnahmen und Ausgaben für das Gebäude ausgleichen und erkundigt sich nach der Vertragssituation zu dem Objekt. Zielrichtung des Bahnhofes war etwas Touristisches.

Herr Ludwig sagt, dass der Besitzer des Bahnhofes kein Interesse habe den Bahnhof zu veräußern. Eine Kündigung des Mietvertrages komme nicht in Frage, da der Besitzer nach 10 Jahren das Recht hatte und wir nun frühestens 2029 (durch eine Rückübertragungsklausel bzw. Rückpachtklausel) dort tätig werden können.

Herr Scholz sieht bei der Kündigung des Pachtvertrages das Problem, dass die Gemeinde dann jeden Einfluss an diesen zentralen Punkt im Ort verliert. Weiterhin hält er es für keine gute Idee, die jetzigen Mieter dort rauszusetzen.

Herr Ostländer regt an, ein Konzept für das Bahnhofsgebäude zu erarbeiten. Frau Kolbatz-Thiel sagt, dass der HKV zurzeit an einem Konzept für ein Tourismusbüro arbeitet. Herr Ostländer bietet seine Unterstützung an. Er schlägt vor das Thema im Bauausschuss zu beraten.

TOP 3 – Schaffung von 100 Kindertagesstätten-Betreuungsplätzen

Herr Ludwig erläutert, dass der erste Schritt, die europaweite Ausschreibung für die Vergabe der Planungsleistungen vorzunehmen, nun erfolgt. Die Ausschreibung ist seit 2-3 Wochen auf den einschlägigen Vergabeportalen veröffentlicht. Es haben sich bis jetzt ca. 12 Architektenbüros die Unterlagen dazu geholt. Im nächsten Schritt müssen die Unternehmen nun ihr Interesse mitteilen und den Nachweis erbringen, dass sie dazu auch in der Lage sind. Wenn das erfolgt ist, werden 5 Unternehmen zur Abgabe eines finalen Angebotes eingeladen. Nach Entscheidung erfolgt die Ausschreibung für die Bauausführung.

Herr Schulze denkt, dass sich somit der Punkt Prüfung von Alternativen erledigt hat. Herr Ostländer erklärt, dass die Prüfung von Alternativen nicht verworfen werden kann, da es einen Antrag einer Fraktion dazu gab, der mehrheitlich beschlossen wurde. Der Bürgermeister hat in einem heutigen Gespräch zugesagt, dass er Alternativen prüfen wird und damit bis zur Submission Zeit hat. In der Ausschreibung gibt es die Obergrenze von 5,5 Mio. €. Es ist dort mit einem Bauende im Mai 2023 zu rechnen. Der BGM wäre auch in Kontakt mit einer Firma, die angeboten hat eine Kita zu bauen. Er werde zeitnah darüber berichten.

Herr Scholz hat in Erinnerung, dass es rechtliche Probleme gebe, wenn jemand Drittes einen Kindergarten baut und die Gemeinde diesen in Form von Pacht, Miete oder Kauf übernimmt.

Herr Ostländer sagt, dass der BGM gesagt habe, dass er das prüfen wird. Die Verwaltung müsse dann auch die rechtlichen Sachen prüfen. Die Fraktionsvorsitzenden haben ihm in dem Gespräch auch zugesichert, dass das Vereinsheim in jedem Fall instandgesetzt werden muss.

Herr Ludwig erklärt, dass im Fall des Kitabaus durch einen privaten Investor, die Gemeinde vor Beginn des Baus eine vertragliche Verpflichtung eingeht, wo feststeht, dass sie dann die Kita übernimmt. Der private Investor muss dann öffentliches Vergaberecht einhalten. Man könne das umgehen, indem man das nicht macht, weil ein Privater nicht an den Vergabebedingungen geknüpft ist. Jedoch könnte dann, wenn die Maßnahme abgeschlossen ist, die Gemeinde sagen, dass sie die Kita doch nicht benötigt. Darauf lässt sich möglicherweise ein Investor nicht ein.

Herr Schulze erkundigt sich, was mit den Kindern in der Zwischenzeit passiert, wenn der Bau nun erst im Mai 2023 fertiggestellt wird.

Herr Ostländer teilt dazu eine Aussage des BGM mit. Die Frau im Ministerium habe wohl die Genehmigung für die Nutzung des Kinderdorfes bis Febr. 2021 zurückgezogen. Es handelt sich dabei um 17 befristete Verträge, bei denen jedoch nicht beide Eltern berufstätig sind. Diese Kinder werden dann diese Kita nicht nutzen können, wenn das tatsächlich so kommt. Aus diesem Grund habe die Verwaltung bereits an den Ministerpräsidenten geschrieben. Man hofft, wieder eine Erweiterung für das Kinderdorf zu bekommen, die möglicherweise über Februar 2021 hinausgeht.

Herr Ludwig fügt hinzu, dass es darum geht, dass die Kapazität im Kinderdorf nur zeitweilig erhöht wird. In der Vergangenheit wurde die Kapazität schon einmal um ein vielfaches erhöht, sodass das dort vom Raumumfang möglich wäre.

Frau Wolf verliest eine Textpassage aus dem Schreiben von Frau Schmalte vom 09.07.2019: „Eine erneute Unterschreitung des Mindeststandards ist zur Sicherung des Kindeswohls über den 05.02.2021 hinaus nicht vorgesehen. Man soll darauf drängen, bei Aufstellung von Bebauungsplänen, dass soziale Projekte in die Baugebiete aufgenommen werden. Bei einigen wenigen Baugebieten sei nach Auskunft der unteren Bauaufsichtsbehörde auch das Verfahren noch nicht abgeschlossen.“ Frau Wolf geht davon aus, dass das Ministerium im Moment gar nicht anders kann.

Herr Ostländer sagt, dass das Thema in der nächsten GV eine Rolle spielen wird.

TOP 4 – Ausbau der Schule

Herr Ludwig teilt mit, dass es bei der Schulerweiterung um 9 Klassenräume mit den entsprechenden Sozialräumen geht. Nach der Auftragswertschätzung wird die entsprechende Wertgrenze überschritten, sodass eine europaweite Ausschreibung erfolgen muss. In dieser Woche ist dazu die juristische Prüfung abgeschlossen. Anfang Juli erfolgt die Ausschreibung zu den Planungsleistungen.

Herr Ostländer erkundigt sich, wie hoch die Auftragswertschätzung ist. Herr Ludwig antwortet, dass der Wert aufgeteilt über 3 Jahre insgesamt 6,1 Mio. € beträgt. Auf Nachfrage erläutert er, dass die Flächen, die dort an der Grundschule sind, zum Anbau genutzt werden. Eine vorläufige Machbarkeitsstudie hat gezeigt, dass das dort integriert werden kann.

TOP 5 – Planung von Terminen für die HH-Planung 2021 für die Gespräche mit den Fraktionen und dem Kämmerer

Frau Wolf fragt, ob auch in diesem Jahr für die Fraktionen rechtzeitig Gespräche mit dem Kämmerer für die Vorstellung des Haushaltes 2021 gefunden werden können. Herr Ludwig sagt, dass er aufgrund der beiden europaweiten Ausschreibungen für die Präsentationen 2 Wochen einplanen müsse. Sobald die Abstimmung im Hause dazu erfolgt ist, werden die Fraktionen einen Zeitplan erhalten. Er wird dann zu den Fraktionssitzungen kommen. Das wird tendenziell im August sein.

TOP 6 – Bürgerfragestunde

- entfällt -

TOP 7 – Sonstiges

Frau Kolbatz-Thiel teilt mit, dass unter anderem der Fußballverein auf sie zugekommen ist und gefragt hat, ob aufgrund der momentanen Situation die Frist der Einreichung für Anträge auf Kulturförderung in diesem Jahr verlängert werden kann. Sie regt an, das mit in die Fraktionen zu nehmen. Im nächsten Sozialausschuss könne man diesbezüglich vielleicht eine Lösung finden.

Frau Wolf sagt, dass dazu die Förderrichtlinie selbst angepasst werden müsste. Man könnte für die Änderung der Richtlinie einen Antrag im GSA stellen. Die GV müsste dann darüber entscheiden.

16. Juni 2020

Frau Kolbatz-Thiel sagt, dass man darüber nachdenken sollte, generell die Frist nach hinten zu verschieben. Herr Ostländer schlägt vor, dass das im GSA beraten wird.

Herr Ostländer hat eine Anfrage bezüglich des Ortsteils Pätz. Der BGM habe ihm mitgeteilt, dass im Haushalt 2020 die 22.000 € nicht drin waren. Er hatte es jedoch so verstanden, dass die 30.000 € aus dem letzten Haushaltsjahr automatisch übernommen werden, weil die Maßnahme begonnen wurde und dieses Jahr zu Ende gebracht wird.

Herr Ludwig erklärt, dass eine Mittelübertragung nur möglich ist, wenn das Ergebnis des neuen HH-Jahres dadurch nicht verschlechtert wird. Er hat nun eine telefonische Info erhalten, dass der Landkreis Fördermittel kürzt. Aus diesem Grund hat er 200.000 € auszugleichen. Darüber hinaus hat sich jetzt ergeben, dass aus der Instandhaltungsrücklage für die Landkostarena 40.000 € benötigt werden. Weiterhin zeigt sich, dass aufgrund von Corona noch im Juni mit Beitragsausfällen zu rechnen ist. Er habe außerdem nun die erste Schätzung bekommen, dass in diesem Jahr damit gerechnet werden muss, dass die Anteile der Umsatz- und Einkommenssteuer vom Land knapp 24% geringer ausfallen. Wenn das alles eintritt, wird das HH-Ergebnis schlecht ausfallen. Solange er nicht weiß, wie das erwartete Ergebnis 2020 ausfällt, ist das erst einmal noch in Wartestellung.

Herr Ostländer sagt, dass die Ausgabe für die Sporthalle in keinem HH-Plan vorgesehen war und diese somit nachträglich genehmigt wird. Er versteht nicht, warum die 22.000 € für Pätz rausgeworfen werden. Es wurden von den Geldern nur 17.000 € in Anspruch genommen, sodass noch erhebliche Summen übrig sein müssten.

Herr Ludwig erklärt, dass die Gemeindevertreter die Instandhaltungsrücklage im Jahr 2006 mit dem Vertrag so beschlossen haben. Es wurde damals eine Sicherheitsregel eingebaut, sodass das Geld nicht auf das Konto der Consors AG überwiesen, sondern einbehalten wird. Es wird jedes Jahr im Haushalt dieser Aufwand eingeplant. Die Auszahlung kann man nicht planen, weil man nicht weiß, wann eine Reparatur anfällt. Die Firma hat nun zwingend notwendige Elektroarbeiten angemeldet. Da die Summe nicht im HH drin ist, wird hierzu ein Beschluss benötigt, um den vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen.

Frau Wolf erkundigt sich, für welches Projekt die 200.000 € Fördermittel wegfallen. Herr Ludwig antwortet, dass es sich um die Schaffung von 100 Kitaplätzen handelt. Dort werden nun vom Land anstatt der angemeldeten 100 Plätze, nur noch 60 Plätze mit je 5.000 € gefördert.

Die Sitzung wird um 19:50 Uhr beendet.

Es findet kein nichtöffentlicher Sitzungsteil statt.


Jürgen Ostländer
Ausschussvorsitzender


Franziska Luckau
Protokollantin